

Welche Mauterhöhung plant der Bund und was soll mit den Mauteinnahmen geschehen?

Der Bund wird ab 2009 den durchschnittlichen Mautsatz von 15 Cent/km auf 16,3 Cent/km erhöhen. Die tatsächliche durchschnittliche Mauthöhe liegt derzeit bei 13,5 Cent/km. Der Schritt von 13,5 auf 15 Cent/km bedeutet zwar auch eine weitere Belastung des Güterverkehrsgewerbes, setzt jedoch zugleich auch die schon lange versprochene Harmonisierung im Volumen von 600 Mio. Euro endlich zum Wohle der Unternehmen um. Diese Harmonisierung wurde dem einheimischen Straßengüterverkehrsgewerbe zur Angleichung der Wettbewerbsbedingungen in Europa von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat zugesagt. Die Harmonisierung hat zur Folge, dass zukünftig aus dem Mautaufkommen Beihilfen für den Straßengüterverkehr, u. a. auch Beihilfen für Aus- und Weiterbildung von qualifiziertem Fahrpersonal, geleistet werden können. Die Harmonisierung für das deutsche Straßengüterverkehrsgewerbe trägt maßgeblich zur Entlastung dieses Gewerbes bei.

Die Mehreinnahmen aus der Mauterhöhung (nach Abzug des Harmonisierungsvolumens) von rund einer Mrd. Euro fließen in dringend erforderliche Verkehrsinvestitionen des Bundes. Bundesminister Tiefensee hat immer wieder mit Nachdruck betont, dass ohne die vom Bund beabsichtigte Mauterhöhung zum 01.01.2009 mangels entsprechender Bundesmittel keine Erhöhung der Bundesmittel für Verkehrsinvestitionen stattfinden könne. Ein Verharren auf dem heutigen Investitionsniveau oder gar eine Absenkung würde jedoch dem Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und damit auch dem Güterverkehrsgewerbe massiv schaden.

Welche Haltung hat das Land Baden-Württemberg eingenommen?

Der Bundesrat hat der vom Bundeskabinett beschlossenen Erhöhung der Lkw-Maut zugestimmt. Baden-Württemberg hat sich der Stimme enthalten. Zuvor hatte sich das Land in einer Arbeitsgruppe engagiert, die zum Ziel hatte, angesichts einer problematischen Ausgangssituation, einerseits die Belastungen des Güterkraftverkehrsgewerbes in einem vertretbaren Rahmen zu halten und andererseits einen angemessenen Haushalt des Bundes für die Verkehrsinfrastruktur dauerhaft sicherzustellen, eine angemessene Lösung zu finden..

Was hat das Land beim Bund für das Straßenverkehrsgewerbe erreicht?

In schwierigen Verhandlungen konnte erreicht werden, dass die Mauterhöhung für Fahrzeuge der Schadstoffklasse S 3 für die ersten zwei Jahre um 2 Cent geringer ausfallen wird als ursprünglich geplant.

Fahrzeuge der Schadstoffklasse S 3 sind erst wenige Jahre alt und häufig noch nicht einmal steuerlich abgeschrieben. Trotz des Förderprogramms zur Beschaffung noch schadstoffärmerer Fahrzeuge der Klasse S 5 fällt es vor allem kleineren und mittleren Unternehmen schwer, ihren Fuhrpark in raschen Zyklen zu erneuern, um den günstigsten Mautsatz nutzen zu können. Durch die Verringerung der Maut werden die Unternehmen entlastet und haben mehr Zeit, ihren Fuhrpark zu modernisieren. So können auch die Gebrauchtwagenpreise für „S-3“-Fahrzeuge möglichst stabil gehalten werden.

Der Bundesrat hat darüber hinaus die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag aufgefordert, die mautbedingten Mehreinnahmen für die Verkehrsinfrastruktur zukünftig nicht mehr durch Kürzungen der steuerfinanzierten Anteile des Verkehrshaushaltes zu neutralisieren und für die Haushaltsjahre ab 2009 jährlich mindestens 6,6 Mrd. Euro des

Steueraufkommens für die Verkehrsinfrastruktur in die mittelfristige Finanzplanung einzustellen.